



Amtsblatt

für den Landkreis Stendal

Jahrgang 23

10. Juli 2013

Nummer 15

Inhaltsverzeichnis

Seite

1.	Hansestadt Stendal - Büro des Oberbürgermeisters Bekanntmachung über den Beschluss des Gemeindevwahlausschusses der Hansestadt Stendal zur Ergänzungswahl im Ortsteil Insel, Döbbelin und Tornau am 25. August 2013	111
2.	Hansestadt Stendal - Haupt- und Personalamt Auflegung der Vorschlagsliste für Haupt- und Hilfsschöffen beim Amts- und beim Landgericht	111
3.	Hansestadt Stendal - Amt für Jugend Sport und Soziales Satzung über die Nutzung der Tageseinrichtungen der Hansestadt Stendal - Tageseinrichtungsbenutzungssatzung - Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen in den Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen der Hansestadt Stendal - Kostenbeitragssatzung -	111 112
4.	Hansestadt Stendal - Planungsamt Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 28/13 „Discountmarkt Dr.-Kurt-Schumacher-Straße“ a) Bekanntmachung Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) b) Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 i. V. m. § 13a Abs. 3 BauGB Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 29/13 „Bau- und Einrichtungsmarkt Clausewitzstraße“ a) Bekanntmachung Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) b) Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 i. V. m. § 13a Abs. 3 BauGB	113 114
5.	Unterhaltungsverband „Seege/Aland“ Amtliche Bekanntmachung Krautungsarbeiten	115

Hansestadt Stendal
Büro des Oberbürgermeisters

Bekanntmachung

über den Beschluss des Gemeindevwahlausschusses der Hansestadt Stendal
zur Ergänzungswahl im Ortsteil Insel, Döbbelin und Tornau am 25. August 2013

Der Gemeindevwahlausschuss der Hansestadt Stendal hat in seiner Sitzung am 03.07.2013 festgestellt, dass bis zum Ablauf der Einreichungsfrist für die Ergänzungswahl des Ortschaftsrates im Ortsteil Insel, Döbbelin und Tornau am 25. August 2013 keine gültigen Wahlvorschläge eingegangen sind.

Hansestadt Stendal, 03.07.2013

Klaus Schmotz
Gemeindevwahlleiter



Hansestadt Stendal
Haupt- und Personalamt

Auflegung

der Vorschlagsliste für Haupt- und Hilfsschöffen beim Amts- und beim Landgericht

Die Liste mit den Personen, die vorgeschlagen wurden, zu Haupt- oder Hilfsschöffen berufen zu werden, liegt in der Zeit vom

10.07.2013 bis einschließlich 17.07.2013
im Verwaltungsgebäude Markt 14/15 (Einwohnermeldewesen) Zimmer 1

zu den Öffnungszeiten des Einwohnermeldewesens zu jedermanns Einsicht auf.

Gegen die Vorschlagslisten kann binnen einer Woche, gerechnet vom Ende der Auflegungsfrist, schriftlich oder zu Protokoll mit der Begründung Einspruch erhoben werden, dass in die Vorschlagsliste Personen aufgenommen sind, die nach § 32 Gerichtsverwaltungsgesetz (GVG) nicht aufgenommen werden durften oder nach den §§ 33, 34 GVG nicht aufgenommen werden sollten.

Klaus Schmotz
Oberbürgermeister



Hansestadt Stendal
Amt für Jugend Sport und Soziales

Satzung

über die Nutzung der Tageseinrichtungen der Hansestadt Stendal
- Tageseinrichtungsbenutzungssatzung -

Präambel

Aufgrund der §§ 6, 8 und 44 Abs.3 Nr.1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO-LSA) vom 5.10.1993 (GVBI LSAS.568), in der jeweils gültigen Fassung, i. V. m §§ 3, 3 a, 3b des Gesetzes zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege des Landes Sachsen-Anhalt vom 05.03.2003 (GVBI LSA S. 48), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Kinderförderungsgesetzes und anderer Gesetze vom 30.01.2013 (GVBI LSA S. 38), hat der Stadtrat der Hansestadt Stendal in seiner Sitzung am 01.07.2013 folgende Neufassung der Satzung über die Nutzung der Tageseinrichtungen der Hansestadt Stendal beschlossen:

§ 1

Allgemeine Bestimmungen

(1) Die Hansestadt Stendal betreibt die kommunalen Tageseinrichtungen als öffentliche Einrichtungen nach Maßgabe der Bestimmungen des Gesetzes zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege (KiFöG).

(2) Die Inanspruchnahme der Tageseinrichtungen der Hansestadt Stendal erfolgt nach Maßgabe dieser Satzung. Durch sie entsteht ein öffentlich-rechtliches Benutzungsverhältnis.

(3) Die Tageseinrichtungen sind selbstlos tätig. Sie verfolgen nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Die Mittel der Tageseinrichtungen dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Stadt erhält keine Zuwendungen aus Mitteln der Tageseinrichtungen. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zwecke der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßige hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 2

Begriffsbestimmung

Tageseinrichtungen im Sinne dieser Satzung sind die von der Stadt Stendal als nachgeordnete kommunale Einrichtungen betriebene Kinderkrippen, Kindergärten, Horte und Kindertagesstätten.

1. Kinderkrippen dienen der Betreuung von Kindern bis zum vollendeten dritten Lebensjahr.
2. Kindergärten dienen der Betreuung von Kindern vom vollendeten 3. Lebensjahr bis zum Schuleintritt.
3. Horte dienen der Betreuung der Schulkinder bis zur Versetzung in den 7. Schuljahrgang, vor Unterrichtsbeginn und nach Unterrichtschluss.
4. Kindertagesstätten als kombinierte Tageseinrichtungen nach den Nr.1 – 3.

§ 3

Aufgaben der Tageseinrichtungen

Die Tageseinrichtungen erfüllen die in § 5 KiFöG genannten Aufgaben und Ziele. Jede Einrichtung arbeitet nach einer pädagogischen Konzeption, die individuell die Vorgaben des Bildungsprogramms „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“ umsetzt unter Anwendung der in § 5 Abs. 3 und 4 KiFöG enthaltenen Vorgaben. Durch eine kontinuierliche Bildungsarbeit bietet die Tageseinrichtung den Kindern eine geeignete Vorbereitung auf die Schule. Dabei fördern die Tageseinrichtungen die Inklusion von Kindern und tragen zur Verbesserung der Chancengleichheit aller Kinder unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft bei.

§ 4

Organisation der Tageseinrichtungen

Die Tageseinrichtungen werden jeweils von einer Leiterin geleitet. Sie ist insbesondere verantwortlich für die:

- Erarbeitung und Durchsetzung der Konzeption der Einrichtung
- Ausübung des Hausrechtes
- Teilnahme an Zusammenkünften des Kuratoriums
- Durchführung von Elternsprechstunden
- Zusammenarbeit mit Behörden/Institutionen
- Durchführung eines geordneten Betriebes

§ 5

Benutzungsberechtigung

(1) Die kommunalen Tageseinrichtungen stehen grundsätzlich allen Kindern zur Verfügung, soweit ein Betreuungsanspruch gemäß § 3 KiFöG besteht. Ein Rechtsanspruch auf Aufnahme in eine bestimmte Tageseinrichtung besteht nicht. Die Leistungsberechtigten haben das Recht, im Rahmen freier Kapazitäten zwischen den verschiedenen Tageseinrichtungen am Ort ihres gewöhnlichen Aufenthaltes oder an einem anderen Ort zu wählen. Ein Wechseln innerhalb der städtischen Tageseinrichtungen ist auf Antrag der Erziehungsberechtigten und bei Vorhandensein von freien Plätzen möglich.

(2) Kinder, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Gebiet der Hansestadt Stendal haben, können in den Tageseinrichtungen der Hansestadt Stendal im Rahmen des Wunsch- und Wahlrechts nach § 3 b KiFöG angemeldet werden, sofern freie Kapazitäten vorhanden sind und dies nicht mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden ist und sofern die Leistungsverpflichtete der Aufnahme vorher zugestimmt hat. Die Ausübung des Wahlrechts soll sechs Monate vor Aufnahme des Kindes unter Angabe der gewünschten Tageseinrichtung der Hansestadt Stendal mitgeteilt werden.

(3) Über die Aufnahme in die Tageseinrichtung entscheidet die Hansestadt Stendal unter Berücksichtigung der freien Kapazitäten nach Zustimmung der Leistungsverpflichteten und der Kostenübernahmeerklärung der Gemeinde, in der das Kind seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

§ 6

Betreuungsumfang

Die Eltern haben das Recht, den Betreuungsumfang gemäß ihren individuellen Bedürfnissen zu wählen. Der Leistungsumfang und die Anzahl der Betreuungsstunden sowie die Betreuungszeit werden schriftlich vereinbart. Ein Anspruch auf eine Erweiterung der Anzahl der vereinbarten Betreuungsstunden besteht während des vereinbarten Zeitraumes nicht. Sofern freie Kapazitäten vorhanden sind, kann eine Erweiterung der Anzahl der Betreuungsstunden schriftlich vereinbart werden. Über derartige Anträge ist nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten zu entscheiden.

§ 7

Auskunftspflicht

Erziehungsberechtigte haben die zur Förderung und Betreuung erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Jede Änderung ist der Hansestadt Stendal unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 8

Aufnahme und Aufnahmevoraussetzungen

(1) Die Aufnahme der Kinder erfolgt nur auf Antrag der Eltern (Erziehungsberechtigte). Das Benutzungsverhältnis wird auf der Grundlage eines Antrages durch Aufnahmebescheid begründet. In ihm werden die Tageseinrichtung, die Betreuungsart, die Betreuungsdauer sowie der Inhalt des Benutzungsverhältnisses festgelegt.

(2) Vor der Aufnahme eines Kindes in eine Tageseinrichtung sowie nach Erkrankung ist eine ärztliche Bescheinigung über die gesundheitliche Eignung des Kindes beizubringen.

(3) Der Aufnahmeantrag kann jederzeit schriftlich gestellt werden. Abweichend von Satz 1 sind Schulkinder spätestens zur Schulanmeldung oder zum Schulhalbjahr für das kommende Schuljahr anzumelden.

§ 9

Benutzung einer Tageseinrichtung

(1) Die Tageseinrichtungen der Stadt Stendal, mit Ausnahme der Horte, stehen allen angemeldeten Kindern in der Regel werktags in der Zeit von 6.00 - 17.00 Uhr zur Verfügung. Ausnahmeregelungen werden mit Zustimmung des Kuratoriums festgelegt. Bei Bedarf bietet die Hansestadt Stendal eine Tageseinrichtung an, in der eine Betreuung von Montag bis Freitag bis 20.00 Uhr erfolgt. Während der Monate Mai bis September eines jeden Jahres werden die Tageseinrichtungen abwechselnd für mindestens 10 Arbeitstage geschlossen. Die Festlegung der konkreten Schließzeit für jede Einrichtung erfolgt im Einvernehmen mit den Elternkuratorien. Für nachgewiesene Bedarfsfälle stehen Plätze während dieser Zeit zur Verfügung. Die Hortbetreuung erfolgt im Frühhort von 6.00 Uhr bis Unterrichtsbeginn, die Nachmittagsbetreuung beginnt nach Unterrichtsbeendigung und endet in der Regel um 17.00 Uhr. In den Ferien erfolgt werktags eine Ganztagsbetreuung gemäß Satz 1 bis 4.

(2) Die Verantwortung der Einrichtung für ein Kind beginnt mit dessen Übergabe an die Erzieherin und endet mit der Abholung des Kindes durch die Erziehungsberechtigten oder dessen Bevollmächtigten. Bei der Übergabe an einen Bevollmächtigten muss das schriftliche Einverständnis der Erziehungsberechtigten vorliegen.

(3) Die Erziehungsberechtigten sind verpflichtet, Infektionskrankheiten ihres Kindes oder eines anderen Familienangehörigen unverzüglich, spätestens vor Aufnahme der täglichen Betreuung der Leiterin zu melden. Ein erkranktes Kind muss der Tageseinrichtung während der Dauer der Erkrankung oder einer möglichen Ansteckbarkeit fernbleiben. Hierüber entscheidet die Leiterin. Nach einer Erkrankung ist ein Attest des Arztes vorzulegen, das bescheinigt, dass das Kind frei von ansteckenden Krankheiten ist.

(4) In allen Tageseinrichtungen haben die Kinder die Möglichkeit eine kindgerechte Mittagsmahlzeit einzunehmen. Dazu schließen die Erziehungsberechtigten einen Vertrag mit dem Essenanbieter ihrer Wahl ab.

§ 10

Beendigung des Benutzungsverhältnisses

(1) Das Benutzungsverhältnis endet mit Ablauf des vereinbarten Zeitraumes oder durch Kündigung durch die Eltern. Die Kündigung durch die Eltern ist jederzeit mit einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich.

(2) Die Hansestadt Stendal kann nur außerordentlich aus wichtigem Grund kündigen.

(3) Für die Schulanfänger endet der Aufenthalt im Kindergarten in der Regel am 31.07. des Jahres.

(4) Die Hortabmeldung erfolgt in der Regel zum 31.07. des laufenden Jahres. Ausnahmen können auf Antrag zugelassen werden.

§ 11

Elternkuratorium

In jeder Tageseinrichtung wird ein Elternkuratorium gemäß § 19 Abs. 3 gebildet. Es nimmt die gesetzlichen Aufgaben wahr.

§ 12

Kostenbeitrag

Für die Inanspruchnahme von Angeboten in Tageseinrichtungen wird von den Eltern ein monatlicher Kostenbeitrag erhoben. Dieser richtet sich nach der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen in Tageseinrichtungen der Hansestadt Stendal in der jeweils gültigen Fassung. Die Erhebung des Kostenbeitrages erfolgt durch Bescheid.

§ 13

Sprachliche Gleichstellung

Die in dieser Satzung gebrauchten Personen- und Funktionsbezeichnungen gelten in jeweils weiblicher und männlicher Form.

§ 14

In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am 01.08.2013 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Tageseinrichtungsbenutzungssatzung vom 11.07.2005 außer Kraft.

Hansestadt Stendal, den 01.07.2013



Klaus Schmotz
Oberbürgermeister



Hansestadt Stendal

Amt für Jugend Sport und Soziales

Satzung

über die Erhebung von Kostenbeiträgen in den Tageseinrichtungen

und Tagespflegestellen der Hansestadt Stendal

- Kostenbeitragsatzung -

Präambel

Aufgrund der §§ 6, 8 und 44 Abs. 3 Nr. 1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05.10.1993 (GVBl. LSA S. 568), in der zuletzt geänderten Fassung, i.V.m. § 13 des Gesetzes zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege des Landes Sachsen-Anhalt, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Kinderförderungsgesetzes und anderer Gesetze vom 30.01.2013 (GVBl. LSA S. 38), hat der Stadtrat der Hansestadt Stendal in seiner Sitzung am 01.07.2013 folgende Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen beschlossen:

§ 1

Allgemeines

Die Hansestadt Stendal erhebt nach Maßgabe dieser Satzung für die Inanspruchnahme der Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen in der Hansestadt Stendal Kostenbeiträge.

§ 2

Kostenbeitragsschuldner

1. Die gesetzlichen Vertreter von Kindern, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Hansestadt Stendal haben und die in Tageseinrichtungen oder Tagespflegestellen angemeldet sind, sind zur Zahlung der Kostenbeiträge verpflichtet (Kostenbeitragsschuldner). Mehrere Kostenbeitragsschuldner haften als Gesamtschuldner.

2. Kostenschuldner ist auch, wer das Kind in Ausübung eines Sorgerechts in einer Tageseinrichtung oder Tagespflegestelle angemeldet hat.

§ 3

Gebührenerhebung, Entstehung und Fälligkeit

1. Die Kostenbeitragspflicht entsteht mit der Aufnahme des Kindes in einer Tageseinrichtung oder Tagespflegestelle und endet mit der Abmeldung des Kindes durch die Erziehungsberechtigten aus der Tageseinrichtung. Die Kostenbeitragspflicht endet auch, wenn das Benutzungsverhältnis gekündigt wird. Endet die vertraglich vereinbarte Betreuung nicht zum Ende des Monats, so wird nur ein anteiliger Kostenbeitrag für diesen Monat erhoben.

2. Die Erhebung der Kostenbeiträge erfolgt durch Bescheide, in denen die monatlichen Kostenbeiträge für den genannten Zeitraum festgelegt werden.

3. Die Kostenbeitragsschuld wird erstmals zum Zeitpunkt der Bekanntmachung des Kostenbeitragsbescheides fällig. Ständig wiederkehrende Kostenbeiträge müssen bis zum 15. eines